

Beschlüsse des Studierendenparlamentes vom 10. November 2016

Es gibt insgesamt 2 beschlossene Texte zum Thema bedarfsgerechte Hochschulfinanzierung. Der erste mit dem Titel „Für eine bedarfsgerechte und zukunftsfähige Hochschulfinanzierung“ wurde mit 7 Dafürstimmen, 0 Gegenstimmen und mehrheitlichen Enthaltungen angenommen. Der zweite Text mit dem Titel „Für eine bedarfsgerechte und nachhaltige Hochschulfinanzierung“ wurde mit 11 Dafürstimmen, einer Gegenstimme und vielen Enthaltungen angenommen.

Für eine bedarfsgerechte und zukunftsfähige Hochschulfinanzierung

Im Dezember dieses Jahres verabschiedet die Hamburgische Bürgerschaft den Doppelhaushalt für die Jahre 2017/18. Im letzten Doppelhaushalt 2015/16 bekam die Universität 276.956 Tsd. Euro im Jahr 2015 und 279.393 Tsd. Euro im Jahr 2016. Diese Steigerung entsprach genau 0,88

Eine Steigerung von 0,88% war und ist nicht einmal genug, um die Lohn- und Gehaltsteigerungen sowie die allgemeine Teuerungsrate auszugleichen. Es entspricht somit einer realen Kürzung, auch wenn der nominelle Beitrag ansteigt. Vor dem Hintergrund unserer Forderung nach einer bedarfsgerechten Finanzierung ist so eine Steigerung daher in jedem Fall unzureichend. Der Wissenschaftsrat hat dies ebenfalls erkannt und im Anschluss an die Begutachtung des MINT-Bereichs einen jährlichen Anstieg des Budgets von 3,5% gefordert. Zwar erhöht sich der Betrag für die Universität im Vergleich zum Jahr 2016 um 3,5%, aber die Uni muss im Gegenzug auch gewisse Abschreibungen neu im Haushalt ausweisen. Defacto entspricht die Erhöhung daher weiterhin nur 0,88% und ist somit weiterhin nicht annähernd genügend.

Ein Anstieg von 3,5% wäre zwar ein erster Schritt in die richtige Richtung, reicht aber natürlich noch nicht aus. Wir fordern weiterhin eine bedarfsgerechte Finanzierung der Universität Hamburg, die nicht zulasten anderer wissenschaftlicher oder sozialer Einrichtungen geht.

Die nächste Bürgerschaftswahl ist erst 2020. Es wird also vorher noch ein Doppelhaushalt (2019/20) verabschiedet werden. Dort fordern wir mindestens eine Erhöhung um 3,5%, um der Gesamtforderung einer bedarfsgerechten Finanzierung zumindest schrittweise näher zu kommen.

Perspektivisch ist jedoch alleinig die bedarfsgerechte Ausfinanzierung der Universität und weiterer wissenschaftlicher Einrichtungen das anzustrebende Ziel. Die Zukunft hängt von der Bildung ab und gerade angesichts des Klimawandels und dessen Einfluss auf die Schifffahrt wird der Hamburger Hafen nicht auf Dauer die Lösung für Hamburg sein. Auch einzelne Leuchtturmprojekte oder Exzellenzcluster werden dann nicht helfen. Hamburg ist bereits jetzt eine der beliebtesten Städte unter Studierenden. Dieses Jahr haben über 6000 neue Studierende an der Universität Hamburg angefangen. Diese Zahl wird sich eher nur noch steigern. Spitzenförderung reicht also nicht aus. Es bedarf schlichtweg einer Förderung in der Breite und die ist nur über eine Ausfinanzierung der Universität im Rahmen des Globalbudgets zu erreichen.

Diese Vielzahl an Studierenden bietet ein großes Potential, wenn forschendes Lehren und Lernen in der Breite umgesetzt würde. Denn es gibt genügend gesellschaftlich relevante Probleme, die produktiv an der Universität und den Hochschulen im Rahmen des Studiums bear-

beitet werden könnten. Krebsforschung, Datenschutz und Klimawandel seien nur einmal exemplarisch genannt. Damit dies jedoch gelingen kann und ein wirkliches interdisziplinäres Forschen, Lehren und Lernen in einer Einheit gelingen kann, bedarf es einer flächendeckend ausreichenden Finanzierung.

Hamburg ist die Stadt mit den meisten Millionären Deutschlands und ein „Tor zur Welt“. Es sollte daher möglich sein die Universität Hamburg und die weiteren Hamburger Hochschulen und Universitäten entsprechend dieses Ziels ausreichend zu finanzieren. Wer sich dies nicht klar auf die Fahnen schreibt, verspielt die Zukunft der nächsten Generation.

Die Zeit des Sparens in diesem Bereich muss vorbei sein. Wissenschaft ist kein Schönwetterthema, welches geleistet werden kann, wenn es sonst nichts wichtiges gibt. Es ist ein elementar wichtiger Bereich für die Stadt Hamburg, Deutschland und die Welt. Wenn Hamburg ein „Wissenschaftsstandort“ werden soll, dann muss dieser Bereich die gleiche Priorität und den gleichen Stellenwert bekommen, wie ihn momentan der Hafen bzw. die Wirtschaft allgemein hat.

Für eine bedarfsgerechte und nachhaltige Hochschulfinanzierung

Im Dezember dieses Jahres wird die Hamburgische Bürgerschaft den Doppelhaushalt für die Jahre 2017/18 verabschieden. Der aktuelle Entwurf fügt sich dabei lückenlos in die bisherige Linie des Hamburgischen Senats ein, die öffentlichen Bereiche mit Steigerungen um ungefähr 0.88% abzuspeisen.

Das war und ist nicht einmal ausreichend, um die Lohn- und Gehaltssteigerungen sowie die allgemein Inflation auszugleichen. Die vermeintlichen Steigerungen entsprechen somit einer realen Kürzung! Schauen wir exemplarisch auf die Situation der Hochschulen, so wird schnell klar, dass sich im Rathaus wider besseres Wissen und wachsenden Protest dem Dogma der „schwarzen Null“ unterworfen wird.

Die schon heute dramatische Unterfinanzierung der Wissenschaftslandschaft führt ungebremst in die falsche Richtung: Sinkende Betreuungsrelationen, steigende Drittmittelabhängigkeit und prekäre Beschäftigungsbedingungen sowie die durch Unterfinanzierung forcierte Konkurrenz behindern die Hochschulmitglieder darin, ihrer Aufgabe wissenschaftlicher Reflexion und kritischer Intervention nachzukommen. Die Studienbedingungen der Bologna-Reform, darauf ausgerichtet Akademiker*innen als Humankapital „am Fließband“ zu produzieren, überzeugen niemanden mehr und schmälern das Potential der Hochschulen, ein Ort der Bildung demokratischer Persönlichkeiten zu sein. Dagegen gibt es inzwischen weit verbreitete und entwickelte Kritik: Mit der Schuldenbremse soll der Eindruck erweckt werden, es fehle an den Mitteln, etwas Besseres zu verwirklichen.

Der Kontrast zwischen den Möglichkeiten und der Realität ist also enorm. Es gibt unzählige gesellschaftlich relevante Probleme, die an den Hochschulen in der Einheit von Forschung und Lehre produktiv bearbeitet werden können, und auch den gesellschaftlichen Reichtum (besonders in Hamburg), um das aus öffentlicher Hand zu finanzieren. Ob es um den Klimawandel, die Massenüberwachung oder das profitgetriebene Gesundheitssystem geht, kann die Wissenschaft ein wesentlicher Faktor zur Rationalisierung der Debatte durch Aufklärung und der Lösung für eine humane Gesellschaftsentwicklung durch Bildung sein. Damit eine in ihrer Schwerpunktsetzung gesellschaftlich verantwortliche Universität nicht nur eine Farce ist, braucht es ein steigendes Globalbudget für die Hochschulen. Die flächendeckende Ausfinanzierung statt einer auf Standortlogik setzende Spitzenförderung ist dafür unabdingbar.

Was für die Hochschulen gilt, trifft auch auf Schulen, Kitas, sozialen Wohnungsbau u.v.m. zu. Der Senat versucht mit seiner Schuldenbremsen-Politik den immer offener zutage tretenden Bedarf nach einem Ausbau der sozialen Daseinsfürsorge und die soziale Protestbewegung die dafür eintritt abzuwiegeln. Dabei bedarf die aktuelle gesellschaftliche Entwicklung aus steigender sozialer Ungleichheit und daraus folgender politischer Polarisierung einen radikalen Kurswechsel an: Weg von der neoliberalen Irrwegen der letzten Jahrzehnte hin zu einer nachhaltigen solidarischen Alternative!

Die Zeit des vermeintlichen „Sparens“ muss vorbei sein. Weil wir es ernst mit einer demokratischen Entwicklung meinen, treten wir entschieden dafür ein, dass die Fokussierung auf den Standort und damit auf ökonomische Partikularinteressen zugunsten einer sozialen Entwicklung für alle überwunden wird. Als Studierendenschaft wollen wir diesen Aufbruch vorantreiben, der nicht nur die Wissenschaft, sondern alle Bereiche des öffentlichen Lebens umfasst.

Für die weiteren Auseinandersetzungen wird der AStA damit beauftragt, den Haushaltsentwurf detaillierter zu sichten und zügig eine Publikation zur Kritik an der (Haushalts-)Politik des Senats zu verfassen und in die öffentliche Diskussion einzubringen.

Die Verfasste Studierendenschaft nimmt die Haushaltsverhandlungen zum Anlass, die Pro-

teste mit Bündnispartnern in der Stadt und in der Uni zur Lösung der Schuldenbremse zu intensivieren. Der AStA wird beauftragt entsprechende Aktivitäten vorzubereiten und zu unternehmen.

Das Studierendenparlament beschließt zur Diskussion und Positionierung zu dieser Auseinandersetzung am 6. Dezember eine Vollversammlung einzuberufen.